

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bettelgeld)
2 Mk. — Polzeilungsbüro Nr. 3163

Inhalt:

Gasarbeiterstreik in Halle a. S. — Der sozialpolitische Wasserlopf. — Die Filiale Hamburg-Altona im Jahre 1907. II. — Rühlhauser Lohn- und Arbeitszeitregelung. I. — Sommerurlaub in Staffeln. — Der Straßburger Arbeiterunterstützungsfonds. — Mainzer Brief. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Briefkasten. — Anzeigen.

Gasarbeiterstreik in Halle a. S.

Die Kollegen bei den städtischen Gasanstalten in Halle a. S., 83 an der Zahl, haben am Mittwoch, den 29. Januar d. J., die Arbeit eingestellt. Fortwährende Verzögerungen in der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bildeten die Ursache hierzu. Ihre Eingaben hat man mit Vertröstungen und zuguterletzt noch mit Beschimpfungen beantwortet. Stadtverordneter Giese hat es sogar für angebracht gehalten, diese Arbeiter in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung als Faulenzer hinzustellen. Gasmeister Laubner fügte dieser Stellung einem Arbeiter gegenüber noch die tätliche Verleumdung hinzu. Hier sind also anstatt besserer Existenz Schläge verabfolgt worden.

Den zweimal vorstellig gewordenen Verbandsvertretern wurde einfach die Tür geschlossen. Beide Bürgermeister erklärten, nur mit „ihren“ Arbeitern verhandeln zu wollen. Organisationsvertretern könne man dergleichen Rechte nicht einräumen, im übrigen möchten diese Herren sich um die Verhältnisse an ihrem Wohnorte und nicht um die hierigen kümmern. Aber auch die zweimaligen Verhandlungen mit den direkten Kommissionen der Gasarbeiter führten zu keinem Ergebnis. Seitens der Magistratsmitglieder wurde es abgelehnt, irgendwelche Zusagen zu machen. Die Petition der Kollegen soll nun erst im Magistrat, Stadtverordnetenkollegium und dann in den Kommissionen beraten werden. Sie ist jedoch weidlich abgelehnt und hätte sicherlich schon behandelt werden können. Sind doch die Forderungen der Gasarbeiter nicht erst jüngeren Datums.

Jetzt wird verlangt: Einführung von Wochenlöhnen, und zwar: 34 Mk. für Oberfeuerleute, 32 Mk. für Feuerleute und Steinfahrer, 28 Mk. für Raschmitten, Feiler und Kohlenfahrer, 24 Mk. für Plakarbeiter. Bei dem in Wechselrhythmus über den Personal vertrieben sich diese Löhne inkl. der Sonntagsarbeit. Sonst und Feiertagsarbeit 25 Proz. Zuschlag. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für alle nicht im Schichtwechsel tätigen Arbeiter, sowie Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, also des Dreischichtwechsels, für Raschmitten und Meißelwärter (Feuerarbeiter haben den Achtmündentag).

Die derzeitigen Bedingungen, welche geändert werden sollen, sind: Die regelmäßige zehnstündige Arbeitszeit für alle nicht im Schichtwechsel lebenden Kollegen, die zwölfstündige Arbeitszeit und die achtstündige Wechselrhythmus für Raschmitten und Meißelwärter, der Lohn für diese von 3,80 Mk. Gasarbeiter 3,10 und 3,50 Mk., Feuertarbeiter 1,20 Mk. und Vorarbeiter 1,10 Mk. pro Tag.

Abneigende Haltung begründet die Stadtverwaltung mit den hohen Ausgaben, welche die Erfüllung dieser Wünsche erfordere. Dabei hat aber unumstößlich fest, daß die Bewilligung der ge-

stellten Forderungen höchstens einen jährlichen Gesamtaufwand von 28762 Mk. verursacht. Bei einem Ueberschuß des Gaswerkes von 508894 Mk. im vorigen Jahre wäre diese verhältnismäßig geringe Ausgabe leicht zu tragen gewesen. Trotzdem ließ es die Stadtverwaltung am geringsten Entgegenkommen fehlen. Nicht bezeichnend für den Geist auf dem Hallenser Rathaus ist auch die Erklärung des Bürgermeisters v. Holly den Kommissionsmitgliedern gegenüber, seine Leute hätten nicht zu fordern, sondern nur zu bitten.

Bei dieser Sachlage und nachdem keinerlei Zusage gemacht oder nur in Aussicht gestellt war, gelang es nicht mehr, die Kollegen von der Arbeitsniederlegung zurückzuhalten. 83 Mann legten nach den resultatlosen Verhandlungen am 29. Januar mittags sofort die Arbeit nieder. Von den 38 zur Streikarbeit kommandierten Wasserwerksarbeitern erklärten sich 15 mit den Gasarbeitern solidarisch. Die gleichfalls nach den beiden Gasanstalten kommandierten Bauamtsarbeiter und Straßenreiniger und zwei Kolonnen Feuerwehrleute zu je 4 Mann leisteten der Stadtverwaltung ihre Dienste und gaben sich zu Hause auf. Wenn nun auch alle disponiblen Mannschaften der Stadtverwaltung in die Gasanstalt versetzt sind, so befehrt doch mit der Gasversorgung. Die Straßenbeleuchtung ist nur halb und von den Konsumierten regnet es Beschwerden. Die zurzeit vorhandenen Arbeitswilligen reichen eben zur Aufrechterhaltung des Betriebes nicht aus. Man greift deshalb zu allen erdenklichen Mitteln, um Hilfe in der Not zu bekommen. Folgende Publikation des Magistrats illustriert so recht die Situation:

Bekanntmachung.

Der Betrieb der städtischen Gasanstalt kann wegen des Ausstandes, in den ein großer Teil ihrer Arbeiter eingetreten ist, vorläufig nicht im vollen Umfang aufrechterhalten werden. Bis zur Beschaffung geeigneten Ersatzes erlauben wir um möglichste Beschränkung des Gasconsums

Halle a. S., den 29. Januar 1908. Der Magistrat.

Aber auch die Polizei tut ihr möglichstes, um den Sieg der Stadtverwaltungen herbeizuführen.

Wie üblich läßt sie sich zur Anwerbung von Hausreihen gebrauchen. Nur ist sie hierbei an falsche Adressen geraten, nämlich an streikende Gasarbeiter. Die heilige Hermaschid beehel mit ihrem Peinlich am liebsten die Frauen. In dem einen Falle sagte der Polizist zu der Frau eines unserer streikenden Kollegen: „Sagen Sie Ihrem Mann, daß er, wenn er arbeiten will und von den Streikenden belästigt werden sollte, er sich nur an das Polizeirevier wenden möge, das würde sich für den nötigen Schutz sorgen.“ Bei einer anderen Frau hat der werbende Polizist der Aufforderung der Frau, die Bestellung in ihres Mannes Notizbuch zu schreiben, Rechnung getragen: Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Sollten Sie von den Streikenden in irgendeiner Weise belästigt werden, oder früh bzw. abends, wenn Sie zur Arbeit gehen wollen, verhindert werden, so schicken Sie nach dem Revier, damit ein Beamter Ihnen (!) begleitet, auch ist bei Tage von früh 8 bis 10 Uhr abends ständig in der Notizbuch von Nach bis zur Mäherne ein Beamter zu finden.“ Kommentar überflüssig.

Polizeiliche Enternungen von Streikposten sollen allem Anschein nach jetzt als Abschreckungsmittel für die Streikenden dienen. Während in den ersten Streiktagen dergleichen nicht zu verzeichnen gewesen, werden jetzt die Streikposten regelmäßig zur Wache ge-

bracht und ihre Namen schlichtete. Selbst in der Nähe der wenig verkehrsreichen Gemarkungen werden die Streitenden fortgewiesen. Die Polizeimassnahmen verzögern das langsame Gehen und Stehenbleiben und fordern zum Verlassen der Gegend auf. Einzelnen hat man längere Verhaftung angedroht, wenn sie sich wieder sehen lassen. Also auch hier hohe Entschädigung und Wertvermehrung und Parteinahme für diese.

Bei der Bearbeitung der Streitenden, sie zu Arbeitswilligen zu machen, haben erklarlicherweise die rechtswirtschaftlichen Wahlfahrts-Einrichtungen eine Rolle gespielt. Es steht jedoch fest, daß der Urlaub erst nach fünfjähriger Tätigkeit 6 Tage beträgt. Differenzvertrag zwischen Lohn und Verantwortung für die ersten drei Tage überhaupt nicht und dann nur bis zu $\frac{1}{2}$ des Lohnes abgibt für überbrückte Zeit, sowie Altersversorgung sehr spät, verhältnismäßig, wenn die Empfänger schon dem Grabe nahe sind, gewährt wird. Vergleichs-Jahreslohn wird denn auch von den Arbeitern selbst richtig bewertet.

Und bei dieser Sachlage wagt es die bürgerliche Presse, von einem friedlichen Streit zu reden. Das bekommen eben nur die Professoren der heute die Nacht hegenden Kreise fertig.

Eine öffentliche Volksversammlung, welche am Freitag, den 31. Januar d. J., im „Volkspark“ tagte und zahlreich besucht war, nahm Stellung zur Lage der Dinge.

Nachdem der Referent, Kollege Albin Röhls-Perlin, sowie die verschiedenen Diskussionsredner diesen Stand der Dinge gekennzeichnet und vor allem auf die mangelhafte Beleuchtung des letzten Tages und auf die mannigfachen diesbezüglichen Beschwerden der Konsumenten hingewiesen hatten, erklärte der Versammlungsleiter, Genosse Guldberg, daß die Sympathie der organisierten Arbeiterschaft den streikenden Gasarbeitern sicher sei. Nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die heute am 31. Januar anlässlich des Streiks der städtischen Gasarbeiter im „Volkspark“ stattfindende Volksversammlung erklart sich mit den Ausführungen des Referenten Röhls-Perlin einverstanden; sie verurteilt insbesondere das Obkaren der Verwaltung des Gas- und Wasserwerks den Gasarbeitern gegenüber, dieselbe bedauert ferner das Verhalten der Stadtverwaltung und nichtig erklärt ganz entschieden den Ausspruch des Stadtverordneten Giese in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen, wonach die Arbeiter Faulenzer seien, und erwartet bestimmt, daß die städtischen Behörden ihr Verhalten ändern und den berechtigten Forderungen der Gasarbeiter Rechnung tragen werden.“

Die Sympathie der Arbeiterschaft und mit ihr die Sympathie der Bevölkerung ist also auf Seiten der Streitenden. Trotzdem überdeckten sich die bürgerlichen Blätter an Verunglimpfungen der Streitenden. Neben der liberalen „Saalezeitung“, welche die Partei des Magistrats in schärfster Weise ergreift und deren Vieles Ausdruck „Faulenzer“ herauszufinden und richtig zu stellen“ sucht, leistet da der unparteiische „Generalanzeiger“ sein Teil. Er schreibt in seiner Sonnabendnummer, jedenfalls von maßgebender Stelle inspiriert, daß die Streitenden, welche bis Freitagabend die Arbeit nicht aufgenommen hätten, während ihrer Arbeit verhaftet gingen. Den Streitenden selbst war davon nichts bekannt, ohne Zweifel hätten sie ein solches Ansehen nicht erlangt; es sei aber sicherlich hiermit der Zweck verfolgt worden, die Streitenden in den Augen der Öffentlichkeit in Nichtacht zu bringen. Außerdem schreibt das edle Blatt aber noch, daß unter den arbeitswilligen alten Arbeitern sich auch der Mann befand, welcher an der Spitze der Streikbewegung steht. Derselbe ist der Verzicht halber heute entlassen worden. So viel Worte, so viel faulende Augen, denn unter den Arbeitswilligen hat sich überhaupt kein Vertreter der Streikbewegung befunden. Für jeden Streitenden ist dieser Satz aber sowieso eine Widerlegung, denn Arbeitswillige können doch nicht Leiter der Streikbewegung sein, das ist doch ein innerer Widerspruch. Diese seltene Verleumdung wird sicher zur Aufstellung der Beteiligten in politischer Hinsicht beitragen. Dessenungeachtet ist die Situation für die Streitenden noch günstig. Es sind eben keine Eisensteine da. Und diese sind doch die Seele vom Gaswerk. Jazzeit sind Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts im Gange. Von den Streitenden sind bis zum 3. Februar, also nach sechsstägiger Manifestdauer, nur drei abtrünnig geworden. Es besteht demnach alle Aussicht auf guten Ausgang des Kampfes. Der Einigkeit der Kollegen muß der Sieg werden.

A. M.

Der sozialpolitische Wassertopf.

Unsere Kollegen im Reich haben des öfteren ihrer Verwunderung Ausdruck gegeben über die verhältnismäßig langsamen Fortschritte, die unsere zirka 6000 Mitalliedergläubende Städte Berlin macht, soweit es sich um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse handelt. Besonders jenseits der Mainlinie wird nicht selten mit berechtigtem Spott von der „rückständigsten Stadt der Welt“ geredet und das Selbstgefühl derjenigen Städtchen, die es zu regelmäßigen Verhandlungen mit den Stadtverwaltungen, zu Tarifverträgen und zu voller Anerkennung des Koalitionsrechtes gebracht haben, ist nicht gering. Aber keine Wirkung ohne Schaden. Und bei näherer Betrachtung des „sozialpolitischen“ Sturzes der größten deutschen Kommune wird einem manches verständlich, worüber man vormals den Kopf schütteln mußte. Vornehmlich aus diesem Grunde bringen wir heute ein Stimmungsbild aus der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung, das die Situation in heller Beleuchtung zeigt und das überaus schwierige Terrain, auf dem unsere Berliner Kollegen kämpfen müssen, klar erkennen läßt.

Zur Verhandlung stand folgender dringlicher Antrag der sozialdemokratischen Fraktion:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat aufzufordern, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, um die jetzt in Berlin herrschende Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu lindern.“

Die Begegnung hatte Stadtv. Dupont (Soz.) übernommen, der in eingehender und sachlicher Weise das Problem der Arbeitslosigkeit und die Mittel zur Abhilfe aufrollte. Er wies an der Hand gewerkschaftsseitig aufgestellter Statistiken nach, daß gegenwärtig mindestens 55 000 Arbeitslose in Berlin vorhanden sind. Dabei ist der wirtschaftliche Niedergang erst im Anzuge. Die „Arbeitsbegehrzeitung“ behauptet allerdings, die Sozialdemokratie suche die Arbeitslosen künstlich zu vermehren und zöge Arbeiter aus der Provinz zu diesem Zwecke heran. Der Gedanke ist zu absurd, um ihn ernst zu nehmen. Es bleibt auch die Tatsache bestehen, daß Frankfurt a. M., Magdeburg, Braunschweig und viele kleinere Städte unter der Arbeitslosigkeit leiden. Die Folgen sind erhöhte Krankheitsziffern, steigende Kindersterblichkeit und namenloses Elend.

Was kann nun eine Kommune dagegen tun? Zunächst ist die Verschleppung aller angefangenen Bauten sowie die Inangriffnahme erforderlicher Parkanlagen vorzunehmen.

Dem Magistrat ist auch anheim zu geben, mit Entlassungen von städtischen Arbeitern etwas vornehmlicher zu sein. So sind z. B. Ende 1907 gegen 200 Parkarbeiter entlassen worden, ebenso wurden im Oktober gegen 100 Wasserwerksarbeiter entlassen wegen — fehlender Mittel im Etat! Arbeit war vorhanden! Ferner könnte die Verkürzung der Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden bei Vermeidung jeder Überarbeit und Doppelarbeit in sämtlichen städtischen Betrieben durchgeführt werden. Die Forderung des Achtstundentages ist sozialpolitisch so gerecht, daß sie eigentlich kein wirklich Liberaler mehr ablehnen sollte.

Da an eine Reichsarbeitslosenversicherung infolge der Rückständigkeit Preussens vorerst nicht gedacht werden kann, sollten die Kommunen das Genter System der Arbeitslosenunterstützung einführen, wonach denjenigen Gewerkschaften seitens der Stadt eine Beihilfe gewährt wird, die Arbeitslosenunterstützung zahlen. Das ist z. B. in Straßburg durchgeführt. Die freien Gewerkschaften bringen jährlich zirka 2½ Millionen Mark für die Arbeitslosenunterstützung auf. Es ist aber ein ungerechter Zustand, daß die Arbeiter allein die Leidtragenden sein sollten.

Der sozialdemokratische Redner verlangte noch Ausgabe von Speisen in den Warmhallen zum Selbstkostenpreise, Speisung von Schulkindern, Nachsicht in der Beitreibung der städtischen Steuern, eine fortlaufende Statistik des Arbeits-

marthes sowie die Einsetzung einer Kommission für soziale Angelegenheiten.

Das alles sind Mittel, die zweifelsohne den gegenwärtigen Zustand, wenn auch nicht beseitigen, so doch wesentlich abmildern können.

Was hatte nun der Magistrat auf diese rein sachlichen, überzeugenden Darlegungen zu antworten?

Er bestellte den „Sozialpolitiker“ Fischbeck als Magistratsvertreter, der einen solchen Gallimathias verzapfte, daß sogar mandem seiner Freunde die Haare zu Berge standen. Nach Herrn Fischbeck zeigt sich keine besondere Not, sondern höchstens eine „gewisse Verschlechterung des Arbeitsmarktes“. Die Arbeitsnachweiszahlen seien nicht wachsend, „da der Arbeiter sich oft an mehreren Stellen zugleich bewirbt und überall gezählt wird“. Als nun folgerichtig der Zwischenruf erscholl: „Wödsinn!“, sagte der Vorsitzende: „Die Ausführungen Fischbecks sind als „Wödsinn“ bezeichnet worden, ist das richtig?“ Hierauf antwortete ihm allseitiges (!) „Rawaohl!“

Wir sind im allgemeinen kein Freund von starken Worten, aber die Ausführungen Fischbecks in seiner schmierigen, träglichen Pose und weagewandten nachlässigen Redeweise sind denn doch so starker Tabak, daß jeder mal aus der Haut fährt.

Hören wir jedoch weitere Perlen Fischbeckischer Weisheit: „Arbeitslose haben wir jeden Winter, auch gewisse Zugewanderte, denen nicht viel an der Arbeit liegt. Zahlreich sind die Fälle, wo die Arbeitslosigkeit herkommt aus früheren Streiks. (Zuruf: Ausperrung!) Streik oder Ausperrung ist mir ganz egal. Eine Kommune, die nachher für solche Arbeitslosen eintritt, reizt geradezu zu Streiks an. Für uns schuldet die Not in die Armenpflege da. Berlin hat nicht die Aufgabe, für die einzutreten, die sich durch die Hochkonjunktur nach Berlin locken lassen; sie müssen jetzt dahin gehen, wo Arbeit ist, auch in der Landwirtschaft.“ (Im Winter!)

Der Magistratsvertreter kündigte dann eine Vorlage zur Fortschaffung des Scherbelberges an der Stralauer Chaussee an, wofür circa 500.000 Mk. angelegt sind. Er versah zu sagen, daß den weitaus größten Teil dieser Summe die privaten Fuhrwerksbesitzer schlucken werden.

Doch dann spielte Herr Fischbeck die letzten Trümpfe aus mit folgendem Vapidarschluss: „Der Achtstundentag schafft doch keinem Arbeiter neue Arbeit, da die Arbeit um so intensiver wird. Die Arbeitslosenversicherung kann eine Kommune nicht durchführen.“

In der Tat! Davon wissen die städtischen Arbeiter ein Liedchen zu singen, wie durch ein verbessertes Antreiber-system die Arbeit in den städtischen Betrieben Berlins immer intensiver wird. Aber, Herr Sozialpolitiker Fischbeck, gerade weil die zahlreichen Gemeindegewerkschaften Berlins bereits auf intensivste ausgebeutet werden, gehts härter nimmer! Und die Heizer und Maschinisten mit Zwölfstundenschichten in fast allen städtischen Betrieben, die Krankenhäuser angestellten mit 12- bis 15stündiger Arbeitszeit und zahlreich andere Kategorien könnten sehr wohl vermehrt werden bei achtstündiger Arbeitszeit unter erheblicher gesteigerter Sicherheit und Zuverlässigkeit des Betriebes! Es hieße indessen lauben Ohren predigen, wollten wir diesen „Torus des Arbeiterfeindes“ zu bekehren versuchen. Selbst das „Berl. Tageblatt“ erklärt: „In einer Partei, die etwas auf sich hält, wäre ein solcher Votiv unmöglich. Bei uns darf Herr Fischbeck den Liberalismus weiter kompromittieren. Er hat es gestern mit erschütterndem Erfolg versucht. Die Antwort, die der Berliner Stadtrat Fischbeck gestern auf den Arbeitslosen Antrag gab, kann nur von dem Gesichtspunkte aus entschuldigend werden: Herr verzeihe ihm, er weiß nicht, was er tut. Eine solche Antwort eines solchen Magistratsvertreters kompromittiert den ganzen Magistrat der Reichshauptstadt. . . . Die Fischbeckische Weisheit sieht die Lösung des Arbeitslosenproblems in zwei Richtungen, nämlich in der Armenunterstützung und in der Abschichtung der Arbeitslosen auf das flache Land. Nur ein Poli-

tiker, der keinen Dunst von den liberalen Grundfäden hat, der auch die ganze soziale Gesetzgebung des letzten Menschenalters verschluckt, kann eine solche Antwort geben. . . . Nein, Herr Fischbeck, die Aufgabe einer Gemeinde ist nicht, den Arbeitslosen Almosen, sondern Arbeit zu geben.

„Mit gutem Gewissen können wir nicht bestreiten, daß die sozialpolitischen Auffassungen des Berliner Magistrats von einer geradezu kläglichen Rückständigkeit sind.“

Also das „Tageblatt“. Aber nur nicht gar so viel Enttäuschung! Die Herren Goldschmidt, Rommensen und Brunzlow sekundierten den Fischbeck in ausgezeichneter Weise und betätigten damit deutlich, daß die Arbeit der bürgerlichen Stadtverordneten gleichen Sinnes ist.

Besonders Herr Goldschmidt. Er fand zwar recht viele inhaltsleere Worte, wie er überhaupt die Fähigkeit zu besitzen scheint, stundenlang zu reden, ohne etwas zu sagen. In der Hauptsache wandte er sich gegen die Sozialdemokratie, die „in die Streiks hineingehört“ und dadurch die Arbeitslosigkeit mit ver schuldet habe. Wir können diesen „Führer“ der Strich-Dunderjeden in seiner ganzen Glorie hier leider nicht verfolgen. Allen Kollegen aber, die noch etwas für den Treisinn übrig haben, besonders einem Teil der Berliner Straßenreiniger seien diese Reden des Herrn Goldschmidt „aufs wärmste“ empfohlen. Wenn sie dann noch länger von solchem „Arbeitervertreter“ etwas erhoffen, ist ihnen nicht zu helfen! Das sollte an der Sache war, daß seine Ausführungen zu dem Thema und zu der Rede Duponts doch wie die Faust aufs Auge. Und der Zwischenruf Wurm: „Also eine andere Rede vorbereiten!“ war wohl am Platze.

Bei den zu vergebenden Koststandsarbeiten sollen nur Arbeiter beschäftigt werden, die mindestens 3 Monate in Berlin wohnhaft sind, wurde von Seiten des Magistratsvertreters erklärt. Ei, warum hat man diese Erkenntnis nicht schon längst betätigt und in den Gaswerken, bei der Straßenreinigung, in den Heilanstalten mit Vorliebe Leute von außerhalb herangezogen? Wir mußten verschiedentlich die Umgehung des Arbeitsnachweises für städtische Arbeiter rügen, und bis auf den heutigen Tag ist unsere Forderung eines paritätischen Nachweises, der doch im obigen Sinne wirken könnte, abgelehnt!

Nach mehr gilt ein städtischer Arbeiter als versetzt, sobald er in irgendeinem städtischen Betriebe mit seinem Vorgesetzten in Kollision gerät. Ist er gar „wegen Antierens“ entlassen, so spielt das Telephon die vermittelnde Rolle und sämtliche städtische Betriebe sind ihm verlockend. Wir könnten aus allerjüngster Zeit mehrere Beispiele beibringen.

Wenn der Stadtv. Singer (Soz.) in seinem Schlusswort der Kommune Berlin die endliche Geburt eines tüchtigen Sozialpolitikers im Magistrat wünschte, so können wir uns dem nur anschließen. Die Vorlage selbst dürfte durch die Heberweisung an einen Ausschuss ein Vergräbnis erster Klasse erhalten. Wir wenigstens erhoffen weder von der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit, noch vom Magistrat einschneidende sozialpolitische Fortschritte.

Seit Jahren verlangen die Berliner Kollegen eine generelle Arbeitsordnung, einen Generalarbeitsausschuss, paritätischen Arbeitsnachweis und Sicherung des Koalitionsrechts.

Bereits ist die sozialpolitische Rückständigkeit Berlins sprichwörtlich. Da ist es an der Zeit, daß unsere Berliner Kollegen aus eigener Kraft dem Fortschritt die Wege bahnen! Wir sind sicher, die Sympathie nicht nur aller Kollegen im Reich, sondern auch aller einsichtigen Sozialpolitiker ist auf unserer Seite, wenn mit Energie und größerer Rücksichtslosigkeit als bisher der verfahrenere Karren reichshauptstädtischer Sozialpolitik aus dem Sumpfe gezogen wird.

Mögen die Fischbeck, Goldschmidt und Konjorten ihre traubige Rolle weiter spielen, die Früchte solcher „sozialpolitischen Tätigkeit“ reifen uns!

Denn sie sind die Heber!

Die Filiale Hamburg-Altona im Jahre 1907.

Das Kapitel über unsere Aktionen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der staatlichen und städtischen Arbeiter sowie zur verlässlichen Aufrechterhaltung und Anerkennung der fundamentalen Arbeiterrechte soll nicht geschlossen werden, ohne des sozialpolitisch bedeutenden Teiles der Hamburger Bürgerbewegung zu gedenken. Die sozialdemokratische Bürgerbewegung hat keine Gelassenheit u. a. m. lassen; stets in sie unaufhörlich und mit Nachdruck für uns einzuwirken. Insbesondere hat sie immer wieder auf die große Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse hingewiesen. Sie hat ferner bei der Vertretung des Volkes betreffend die Verlebensklassen für staatliche Arbeiter und Angestellte die äußersten Anstrengungen gemacht, die Frage der Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Sinne unserer sozialpolitischen Forderungen zu lösen, nämlich auf der Basis der Selbstversicherungskasse für Arbeiter ein Pensionsgesetz zu schaffen, und als dies an dem Widerstand der arbeitenden sozialdemokratischen Gewerkschaft scheiterte, hat sie nichts unversucht gelassen, um den Grundgedanken des Verlebensklassengesetzes diesen zu verfechten. Die Aktion hat sich auch mit voller Kraft am Kampf zur Verteidigung des Koalitionsrechts. Als der Staatsrat, die Staatsminister und die Reichsregierung die sozialdemokratische Koalitionsverordnung in der Bürgerbewegung der sozialdemokratischen Koalitionsverordnung die ständige Amtsbefugnis, ob sie gewährt sei, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu verweigern und gegen solche Übergriffe die Arbeiter zu schützen. Der Interpellant verlangte, daß das Koalitionsrecht unter keinen Umständen angetastet werde. Verstand und Entschlossenheit fand die sozialdemokratische Aktion aber ausschließlich nur bei den Vereinten Liberalen. Wenn diese sich auch nicht in allem der sozialdemokratischen Aktion rückhaltlos anschließen, so haben sie doch bewiesen, daß sie Verständnis für die Forderungen der Arbeiter besitzen, und daß sie bei allen Dingen das Koalitionsrecht auch in der Praxis gewahrt wissen wollen. Dagegen die Mitglieder der drei wie sie sich nennen - alten Fraktionen, „Linke“, „Mittels Zentrum“ und „Rechte“, leben fortwährend in einer anderen Welt, wo Reich und Demut - nein, Reichtum, wo Gold Reicht, und wo deshalb jeder ein Feind ist, der sich nicht an den Reichtum der Reichen angeschlossen hat, die Reichen mühen. Die Leute meinen, bei dem großen Lebenskampf solle noch immer reichlich so viel von der Reichen Tische, daß die Armen sich sättigen können. Sagen wir es kurz: Die Leute erklären bei allen Gelegenheiten: Der Staat wird als Arbeitgeber schon wissen, was den Arbeitern zutrifft. Was die Bedenken und die Fragen tun, erwidert uns wohlgefallen.

Im Altonaer Stadtvorstandeskollegium kar von den Wünschen und Beschwerden der städtischen Arbeiter überhaupt niemals die Rede. Von uns und auch von den Arbeitern unmittelbar an das Kollegium direkt gerichtete Petitionen sind unbedacht und unbedacht geblieben. Arbeitervertreter sind dort nicht und nicht vertreten. Die kurzfristige Vertretungsgesellschaft ignoriert alles, was Arbeiter heißt und von Arbeitern kommt.

Und noch eines anderen Faktors soll Erwähnung geschehen: die Presse. Auch sie hat zum Teil eine ideologische Dichtung erwiefen. In erster Linie das „Hamburger Echo“ hat energisch unsere Forderungen propagiert, die sozialpolitische Minderheit der Gemeindeführer Hamburg-Altona getadelt und denselben ihre unabweislichen Pflichten als Arbeitgeber vorgehalten. Für höhere Völkerehrung, Erziehung von Arbeiterausbeutern, einer besseren Altersversorgung und Einführung der Renten- und Waisenversicherung sind auch „Arbeiterblatt“, „Gewerkschaftler“ und „Neue Hand, Zeitung“ emporgetreten. Ob diese Blätter aber auch ihren Standpunkt in der vorstehenden P. konsequent festhalten, wenn wir zu Arbeitsbedingungen hätten streiten müssen, ist nach ihrem bisherigen Verhalten bei Volkskämpfen in der Privatindustrie allerdings sehr fraglich. Ein gutes Maß von Vertrauen in jeder Hinsicht.

So wertvoll aber auch alle jene moralische Unterstützung zu sein mag, die die materielle Macht liegt in der Stärke der gewerkschaftlichen Organisation. Schließlich gilt doch immer wieder: Selbst in der Mann! Also gewerkschaftlich weitermachen.

Agitation ist das Lebenselement der Organisation. Agitation in Wort und Schrift, Agitation von jedermann und allerwege. All unser gewerkschaftliches Denken und Trachten, all unsere Bemühungen und Aktionen müssen agitatorisch sein. Dieser Gedanke geht leider bei vielen verloren.

Was bewirkt, daß die Agitation nicht immer auf der Spitze unserer Vermittlungsmöglichkeit. So mancher hätte mehr Interesse zeigen müssen. Besonders das Versammlungsweesen ermöglichte des Aufwands und der Verantwortung. Das ist schärfen. Denn Versammlungen und der Lebensabend der Organisation! Ohne Versammlungen erlangen von Wollen und Energie, Mut und Macht, Hebung und Weiterentwicklung, vom Leben in der Organisation, selbst die Versammlungen vom Wesentlichen! Und demgemäß wird die Organisation von Jugend und Jugend gewertet! Solche Versammlungen übersehen agitatorisch! Wenn keine Versammlungen als solche. Wie aber kommen bei der Stärke unserer Organisation kein einzige schlechte Versammlung zu haben. Deshalb: Keine Versammlung!

Wir zählten 343 Versammlungen und Sitzungen.

Über die Agitation von Mund zu Mund im direktesten persönlichen Verkehr können wir uns ebensowenig bestreiden aussprechen. Es fehlte an Lust und Eifer. So war es nun zwar nicht überall und überall, aber doch im allgemeinen. In der Mehrzahl unserer Gruppen wurden die Organisationsangelegenheiten nur schlüpfend und schleppend verfolgt; insbesondere wurde den noch Organisationsfreunden gegenüber nicht zielbewußt verfahren. Jedenfalls mußte das Organisationsresultat ein besseres sein. Ausdrücklich sei aber auch hier wieder herbegehoben, daß wir nicht wollen, daß die Organisationsarbeiten während der Arbeitszeit „belehrt“ werden. Gelegenheit zur Agitation bleibt doch immer noch. Es muß aber viel Gehör erwidert werden. Nicht so viel hohes, körperliches Gehör, vernünftige, warme Worte wirken mehr. In jedem Falle brauchbare Vorträge lassen sich aber nicht aufstellen. Das geschwehenfalls Vorträge muß man fuhren! Erfolg oder Mißerfolg haben wesentlich wieder als Lehre zu dienen.

Die Agitation wurde gefördert durch Flugblätter, zum Teil in großen Auflagen herausgegeben. Einige waren für unser gemeinsames Wirkungsfeld bestimmt und deshalb allgemeinen gewerkschaftlichen oder sozialpolitischen Inhalts, oder sie behandelten einen bestimmten Staats- und Gemeindeführer eigene dringliche Angelegenheiten; andere waren nur für einzelne Gruppen berechnet und inhaltlich entsprechend abgefaßt. Die „Spezialblätter“ unter den Flugblättern haben die größeren Dienste getan. Die Nachfrage nach solchem Material war groß.

Außerdem wurde zu Publikationen auch die Tagespresse herbeigeholt, und zwar mit gutem Erfolg. Das „Hamburger Echo“ hat uns seine Spalten stets und gern unbeschränkt geöffnet. Alle unsere Forderungen wurden ungedruckt und ohne Abkürzungen veröffentlicht. Die hiesigen Blätter haben wir nur selten in Anspruch genommen. Soweit es aber geschah, können wir über Entgegenkommen nur noch vom „Arbeiterblatt“ sprechen. Alle anderen Blätter glaubten oftmals, es habe als wir kennen zu müssen; sie verdrängen uns den Preis, so daß wir das Mochen bei ihnen aufgegeben haben.

Die Agitation leitete - 1907, 10 Mt.

Unsere Organisation hat, wie einleitend bemerkt, hervorragenden 757 Mitglieder in einem Jahre mehr als, wenn man die Zahl so ohne viel Nachdenken zu dem übrigen hält, ein nennenswerter Zuwachs. Wir erkennen auch genug nicht die Bedeutung der Tatsache, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Staats- und Gemeindeführer in Hamburg-Altona im Jahre 1907 von 3488 auf 4245 stieg. Andererseits wollen wir aber auch nicht verschweigen, daß eine betrübliche Zunahme ungeachtet in der Höhe zu verzeichnen sein dürfte, wollten wir nicht relativ einen Rückgang des Mitgliederbestandes konstatieren. Wir denken dabei noch nicht einmal daran, daß unsere Organisations mit jedem weiteren Jahre ihres Bestehens mehrere hundert Mitglieder aufzunehmen und dadurch stets aufs neue in denselben Verhältnis die Zahl der agitatorisch und organisatorisch tätigen Mitglieder vermindert und diese in eben dem erhöhten Maße nur die Mitglieder geschäft hat. Solcher Mitglieder haben wir gegenwärtig nahezu ein halbes Tausend. Gelingt es diesem großen Vertrauenskörper nicht, eine größere Zahl neuer Mitglieder heranzuziehen, so doch noch immer mehrere Tausend für uns in Frage kommende Inorganisierte vorhanden, so würde das auf große, sehr große Mangel an Rekruten in der unseren Organisation hinweisen; es wäre der geistige Bankrott, welcher über kurz oder lang den Verfall der Organisation nach sich ziehen würde. Weiter aber ist zu beachten, daß die staatlichen und städtischen Betriebe sich immer mehr vergrößern. So 1907 in Hamburg das Ingenieur- und Hochbauamt, die Straßenreinigung, der Strom- und Gasbau, Staatsrat, das Polizeibeamtensamt und andere. Der hiesige Staat beschäftigt jetzt 8000 Arbeiter der „Schneiderei Bau“. Wie liegt nun das Verhältnis? Wir haben jetzt 100 organisierte Staatsarbeiter, jetzt 300 werden in anderen gewerkschaftlichen Zentralorganisationen organisiert sein. 4000 Organisierte neben noch 1000 Inorganisierte gegenüber. In Altona hebt es einigerm. Aber das Schwerpunkt liegt doch in Folge ihrer großen Zahl die Staatsarbeiterschaft in die Hauptsache. Das Organisationsresultat mag bewegen, daß wir unsere Pflicht getan haben, und dies kann die Organisation von allen ihren Mitarbeitern verlangen.

Der Organisationsmechanismus blieb im Berichtsjahre unverändert. Das Verbleibe aber immer und in allen seinen Teilen auf funktioniert hatte, vermögen wir nicht zu berichten. In manchen Stellen fehlte es manchmal an der erforderlichen Arbeitsfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit. In Einzelheiten wollen wir uns hier nicht verlieren. Aber gesagt man werden: Es mangelt es oft an vielen Stellen an guten Vertrauensmännern, für Einzelteile der einzelnen Gruppen, als Vorkämpfer zwischen der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben und der Organisationsleitung. Die Vertrauensmänner aber, und unter ihnen natürlich nicht die schlechtesten, mühen wieder Bekämpfer über monatelange Unternehmung seitens ihrer eigenen Kollegenheit. Das muß anders werden. Solche Anlagen sollten bei uns nicht aufkommen. Das Organisationsweil, die Arbeiterbewegung, verlangt oberwähliges Dienstverhältnis, verlangt bei gegebenen Idealen!

Mühlhauer Lohn- und Arbeitszeitregelung.

I.

Zur Januar 1907 wurde seitens unserer Organisation eine vollständige neue Arbeitsordnung ausgearbeitet und durch Vermittlung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsfaktion der Stadtverwaltung eingereicht.

Die Abänderungsbedürftigkeit und Unzulänglichkeit der bestehenden Dienst- und Lohnordnung wurde seitens des Bürgermeisters auch anerkannt und eine durchgreifende Reorganisation derselben in Aussicht gestellt. Daß das nun nicht von heute auf morgen ging, erwarteten auch wir nicht, da wir die Schwierigkeiten einer solchen Neuordnung durchaus nicht verkennen. Daß aber dieselbe so unendlich verschleppt wurde, wie dies tatsächlich geschehen ist, beweist zur Genüge, daß entweder die Arbeitseinteilung auf dem Mühlhauer Rathaus grundlich viel zu wünschen übrig läßt, oder aber, daß man dort Arbeiterangelegenheiten als sehr nebensächliche Dinge betrachtet, die erst behandelt werden, wenn sonst nicht viel zu tun ist. Unerwartet wurde diese Verschleppungspolitik durch die Haltung der „christlichen“ Gewerkschaftler im Stadtrat, die die Stadtverwaltung noch eifriger verteidigen wie die Scharfmacher im Stadtrat, wie wir bereits in Nr. 51 der „Gewerkschaft“ mitteilen.

Am 20. Dezember endlich kam der Antrag Emmel (Soz.) über die Regelung der Löhne und der Arbeitszeit aus der Arbeitsordnung herabgesetzt, zur Verhandlung. Also nach Jahresfrist kann noch nicht einmal ein Entwurf über das Ganze vorgelegt werden, sondern muß der Gemeinderat beschlußmäßig „Regelungen“ vornehmen.

Aber auch die Regelung selbst, die nach einem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf erfolgte, kann durchaus nicht als genügend betrachtet oder gar als fortwährend bezeichnet werden.

Zunächst waren nur 50-46 Mk. für Lohnerböhrungen vorgesehen, von denen zudem 26-215 Mk. durch Regal der bisherigen Feuerungszulage wieder bereingeparkt werden. Und diese geringe Summe wird vorgegeben, trotzdem in der Vorlage selbst anerkannt wird, daß ein „Dringendes Bedürfnis“ besteht und daß eine erhebliche Steigerung der Preise“ usw. eingetreten ist. Dazu kommt aber, daß die Erhöhungen in einer Weise verteilt sind, daß nur wenige davon betroffen sein können und man unwillkürlich den Eindruck gewinnt, als ob die Stadtverwaltung recht abdrückend eine solche Verteilung vorgenommen habe, um zunächst zwischen den Arbeitern zu faen, eine Auffassung die dadurch noch an Wahrscheinlichkeit gewinnt, daß die „christlichen“ Stadtmänner mit dem Entwurf außerordentlich zufrieden waren, derselbe also jedenfalls unter ihrem nachwollenden Einfluß entstanden ist. Wasleht wurde in der Sitzung ein Antrag Emmel und Genossen: „In Anbetracht des Umstandes, daß die Stadtverwaltung die Preissteigerung um mit 9-11 Proz. erweitert hatte, dieselbe aber mindestens auf 20 Proz. anzunehmen ist, eine Verdoppelung der vorgegebenen Gehaltssumme zu beschließen.“ Angenommen wurde ein von der bürgerlichen Mehrheit abgeleiteter Antrag Fischer (christlicher Gewerkschaftler), die Zulagen der Lohnklasse E um 10 Pf. und der Lohnklasse F um 20 Pf. pro Tag zu erhöhen. Die Mehrheiten dieses Antrages sind auf 6-7000 Mk. zu schätzen, so daß also die Gesamtsumme für Lohnerböhrungen etwa 10000 Mk. betragen wird.

Dazu kommt noch eine Familienzulage, die beschlossen ist und die für Arbeiter mit 2 und 3 Kindern 2 Mk., 1 und 2 Kindern 3 Mk., 6 und mehr Kindern 1 Mk. pro Woche beträgt und für die ein Gesamtanhang von 30882 Mk. vorgegeben ist. Auch die Einführung dieser an sich guten Einrichtung läßt unter der Arbeiterhaushalt keine Freude an der Gesamtzulage aufkommen, weil die dafür nötigen Mittel jedem Arbeiter entweder an seinem eigenen Grundlohn oder an dem seines Nebenverdieners, der keine Minder hat, abgezogen sind, die Einführung derselben also einbüßte hier wie anderswärts zu dem verwerflichen, ja verurteilten wurde, die Arbeiterhaushalt über ihre miserable Entlohnung bzw. Aufbesserung hinwegzutäuschen.

Anbei die Lohnregelung selbst.

Bekanntlich sind:

Ständige Arbeiter	Ständige Arbeiter
Elektrizitätswerk 51	Materialienverwaltung . . . 35
Stadtbauamt, Vermessung . . . 46	Zoologischer Garten 8
Schlachthaus 10	Schlachthaus 10
Manufaktur, Straßenreinigung, Mehlmühlfabrik . . . 60	Textilweberei 9
Straßen- und Neubau 115	Radanstalten 3
Wasser- und Pumpwerk 25	Stadtheater 5
	Zusammen 408

Davon sind in:

Lohnklasse	Lohnstufe						Zusammen Arbeiter
	I 1 Jahr	II 2-4 Jahre	III 5-7 Jahre	IV 8-10 Jahre	V 11-13 Jahre	VI ab 13 Jahre	
A	—	7	5	1	—	1	14
B	1	5	10	4	—	—	20
C	9	18	9	13	4	2	53
D	14	55	49	30	13	3	154
E	—	68	45	11	2	—	124
F	—	—	5	13	15	3	41
	24	149	123	67	34	9	408

Da durchweg 1 Mk. wöchentliche Feuerungszulage wegfällt, beträgt die Aufbesserung in:

Lohnklasse	Lohnstufe	Arb. Zahl	Wöch. Lohn	Wöch. Lohn p. Arb.	Woch. Lohn p. Arb. (mit Zulage)	Verbands-Vorschlag	Mehr als beschloffen
A Mulleher 1. Klasse	II	7	35,-	35,70	0,30 wenig	37-39	1,30-3,30
	III	5	37,-	38,40	0,40	40-42	1,60-3,60
	IV	1	40,-	41,10	0,10	43-45	1,90-3,90
					0,50	48	1,50
	VI	1	44,-	46,50	0,20 wenig	51	2,30
B Mulleher 2. Klasse u. Scharfmacher u. Scharfmacher 1. Klasse	I	1	28,-	28,80	0,20 wenig	33-35	1,90-3,90
	II	5	30,-	31,20	0,20	36-38	2,10-4,10
	III	10	32,-	33,60	0,60	39-41	3,00-5,00
	IV	4	35,-	36,-	—	—	—
	I	9	24,-	25,80	0,80	27	1,20
	II	18	26,-	27,60	0,60	29-31	1,40-3,40
C Scharfmacher 1. Klasse u. Scharfmacher 2. Klasse	III	9	28,-	29,40	0,40	32-34	2,60-4,60
	IV	13	30,-	31,20	0,20	35-36	3,40-4,40
	V	4	31,-	33,-	1,-	36	3,-
	VI	2	33,-	34,80	0,90	38	1,20
	I	14	21,-	22,80	0,20	24	1,20
D Scharfmacher 2. Klasse u. Scharfmacher u. Scharfmacher u. Scharfmacher 1. Klasse	II	55	28,-	29,60	0,60	28-28	1,40-3,40
	III	49	24,-	26,40	1,40	29-31	2,60-4,60
	IV	20	26,-	28,20	1,20	32	8,80
	V	13	27,-	30,-	2,-	32	2,-
	VI	3	29,-	31,80	1,80	32	0,20
E Ungeübte Arbeiter 1. Klasse	II	66	20,-	21,00	0,90	22-24	1,10-2,10
	III	45	21,-	23,10	1,40	25-27	1,60-3,60
	IV	11	23,-	24,90	1,30	24	3,10
F Ungeübte Arbeiter 2. Klasse	V	9	24,-	26,40	1,40	28	1,00
	III	5	18,-	21,60	2,60	24-25	1,40-3,40
	IV	14	19,-	22,80	2,80	28	2,20
	V	15	20,-	24,-	3,-	28	1,-
	VI	3	21,-	25,20	3,20	28	0,90 weniger

Es erhielten also rückwirkend bis zum 1. Oktober 1907:

Arbeiter	Wöchentlich	3,20 Mk.	oder täglich	53 Pf.	
3 Arbeiter	wöchentlich	3,20 Mk.	oder täglich	53 Pf.	30 Pf. u. mehr erhielten
15	"	"	"	"	"
14	"	"	"	"	"
5	"	"	"	"	"
8	"	"	"	"	57 Arbeiter
13	"	"	"	"	"
11	"	1,50	"	25	20-25 Pf. erhielten
96	"	1,40	"	23	"
20	"	1,20	"	20	127 Arbeiter
4	"	1,-	"	17	Zwischen
66	"	0,90	"	15	10 und 20 Pf. erhielten
25	"	0,80	"	13	"
51	"	0,60	"	10	176 Arbeiter
11	"	0,40	"	7	Unter 10 Pf. erhielten
14	"	0,20	"	3 1/2	"
1	"	0,10	"	1 1/2	33 Arbeiter

4 gewinnen und verlieren nichts; 7 sollen 30 Pf., einer 20 Pf. und einer 50 Pf. wöchentlich bringen, wenn der Tarif beschlußgemäß angewendet würde. Tatsächlich wurde auch vom Stadtbauamt an einige Arbeiter allen Grades dieses Anhangs gestellt, nach Veröffentlichung dieser Angelegenheiten aber dann als Mißverständnisse bezeichnet.

Das ist also die Regelung infolge des „dringenden Bedürfnisses“ und der „erheblich gesteigerten Preise“, die die Stadt-

Verwaltung gab. Das ist die „unwürdige Regelung“, wie sich Herr Gewerkschaftsleiter Fischer ausdrücken behörte. Man neigt, sie hat nicht wie behörden, diese Christen. Zwar nicht in den Versammlungen ihrer Mitglieder, auch nicht bei den Anträgen, aber doch wenigstens, wenn es gilt, beachte die Wünsche schlecht-bezahlter Arbeiter zu vertreten bzw. das ihnen von Arbeitern mit anerkannter Minder zu deren Gunsten auszusagen. Wenn dann von 100 Arbeitern 9 weniger wie vorher, 1 nur nichts und 209 unter 20 Bf. bzw. 208 bis zu 25 Bf. tägliche Zulose erhalten, ist es eine „unwürdige“ Regelung für 1901. Wenn so deutlich nicht es mit den Vermögenslagen aus. Von 100 Arbeitern haben 123 keine und 80 ein sind, zusammen also 203 oder genau 50 Proz., die nichts erhalten. 85 Arbeiter haben zwei, 58 haben drei Kinder, zusammen also 143 oder 35 Proz., die monatlich 2 Mk. erhalten; 37 haben 4, 13 haben 5 Kinder, zusammen 50 oder 12 1/2 Proz., die 3 Mk. erhalten; 20 Arbeiter oder 2 1/2 Proz. haben 6 und mehr Kinder und erhalten 4 Mk. pro Woche. Wenn nicht also, es ist bezeichnend, wenn man sich Zahlen unter der Augenlider keine Freude macht. Und doch ist es im höchsten Grade bedauerlich, wenn eine Betriebsverwaltung eine solche bedeutende sozialpolitische Verhältnisse anfährt, ohne daß man sie von Seiten der Arbeiterverwaltung dafür rufen kann.

Wie bemerkt, hatte die Betriebsverwaltung in der Betriebsrat die Statuten, die seit 1904 auf 9 1/2 Proz. oder durchschnittlich 175 Mk. berechnet. Daß dies zu wenig ist, wird sie selbst zuzugeben nicht bestritten wollen. Und warum auch nicht, das wäre natürlich, wenn sie erkannt hätte, daß sie sich aus Mangel an des notwendigen im Gemeinwohl bestehende Zustimmung nicht mehr zu verantworten braucht.

Sommerurlaub in Kassel.

Als im vorigen Jahre unsere wackeren Sommerurlauber fortzogen, beachtete ihnen der Stadtobermann Hahn in einer Versammlung, daß die Betriebsrat der Anerkennung erhalten haben, den in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern Urlaub zu gewähren, und ganz nach bisheriger Beschäftigung 2 Tage, nach 1 Jahren 4 Tage und nach 5 Jahren 6 Tage.

Aber für die Direktoren des Gewerks scheint dieser von oben herabgeschickte Beschluß nicht maßgebend zu sein, sonst hätte man danach handeln müssen. Das ist aber nicht geschehen. Die Hälfte Daraus des Urlaubes betrug 4 Tage, trotz in mehreren Betrieben, den Direktoren nur 6 Tage zustanden. Der Herr Direktor scheint ein recht selbstverliebtes Regiment zu führen und kümmert sich den Teil mit die von den oberen Behörden beschlossenen Beschlässe. Es ist hier auch in Kassel, wie es noch anderswo geschieht, der Adler gerichtet, daß man die Ausführung derartigen Beschlässe dem Willen der einzelnen Direktoren überläßt. Man handelt allerdings bei den Oberbehörden im guten Glauben, indem angenommen wird, daß die Direktoren derartige Beschlässe auch in ihrer besten Weise ausführen werden. Das trifft aber keineswegs immer zu, wie hier das Beispiel wieder einmal beweist. Viele dieser Herren fällen sich schon selbst, wenn sie derartige Mittelungen von oben erhalten, sie können etwas von ihrer Autokratie empfinden, wenn diese Bestimmungen nicht von ihnen kommen. Man will den Arbeitern fühlen lassen, daß sie die Herren sind, und daß es von ihnen abhängt, wie sie derartige Beschlässe zur Durchführung bringen wollen. Es ist daher immer ein großer Fehler, wenn derartige Beschlässe in die Hochschamisse der einzelnen Direktoren gestellt werden. Da wird sehr oft viel Wut und Unruhe gehandelt, und so manche Arbeiter muß darunter leiden. Derartige Arbeiter, die sich nicht die Mühe der Bescheiden zu erweisen weiß, das heißt, der nicht zu schmeicheln und zu schmeicheln versteht, wird niemals in den Bereich des ihm zustehenden Urlaubes kommen, sondern die Direktoren wird, wie es hier zu beobachten ist, immer noch einige Tage davon freihalten. Daß aber derartige Maßnahmen nicht gerade dazu beitragen, das gute Einverständnis zwischen Arbeitern und Betriebsverwaltung zu erhalten, versteht sich wohl nicht mehr erst besonders hervorheben zu werden.

Auch die Direktoren selbst haben keine Erfahrung sammeln können, daß derartige Maßnahmen die Arbeiter nicht zufrieden machen. Den Betriebsverwaltungen müssen demnach alle Hände über den Kopf gebunden werden, wenn die Wertvollnisse der Direktoren nach dieser Seite hin nicht noch etwas zu fördern schenken. Es mag aber ein von anderen die Einrichtungen getroffen werden, daß jeder einzelne das, was für ihn annehmbar und vorteilhaft ist, auch selbst, anderenfalls hat die ganz. Einrichtung sehr profitablen Wert.

Aber auch die Arbeiter tragen einen großen Teil Schuld an derartigen Einrichtungen. Wäre die Unentschiedenheit unter den Arbeitern gerade im vorigen Sommer in Kassel nicht so groß gewesen, dann hätten sie geschlossen und energisch dagegen vorgehen können, aber wie die Zustände damals lagen, war ein Arbeitskollektive dem anderen feindselig gegenüberstand, war es in den Betrieben, wenn derartige Mittelungen erlassen. Die Kollegen müssen endlich einsehen und begreifen lernen, daß die Einrichtungen nur schädlich für die Arbeiter selbst ist. Wollen sich andere verbieten, so muß man vor weit-tem Schaden bewahren, wozu sie verbieten, daß derartige Mittelungen nicht noch weiter aus sich gehen, dann gibt es für sie kein anderes Ziel als eine feste Organisation. A. W.

Der Straßburger Arbeiterunterstützungsfonds.

Die Straßburger Bestimmungen über den Arbeiterunterstützungsfonds sind im Anhang enthalten (S. 102).

Die Unterbringung von Arbeitern oder ihrer Familienangehörigen in Hilfe-unvermögensbetreffende Verhältnisse ist für die empfohlenen Betriebsunterstützungsfonds gebildet.

Diesem haben wir:

1. alle neuen Arbeiter, die Betriebsunterstützungsfonds und Lohnunterstützung;
2. die Erziehung des Kindes, soweit sie nicht zu Unterbringungen verwendet werden;
3. Zuschuß aus 2 1/2 Prozente im jährlichen Gesamteinkommen von mindestens 100 Mk.

Die Unterbringungen erfolgen auf Veranlassung des zuständigen Arbeiterrats durch den Bauverein.

Man sieht, man darf sich doch sehr beruhigen. Leider hat aber die dreijährige Betriebsunterstützungsfonds, daß die fortgeschrittenen Einrichtungen und Maßnahmen möglich sind, wenn die Durchführung der Maßnahme keine Schwierigkeiten ist.

Vom Jahre 1906 waren noch etwa 1400 Mk. vom Unterstützungsfonds übrig geblieben. Aber nicht ohne Grund, weil die Lage der Betriebswirtschaft im allgemeinen eine günstige war. Denn dafür sind die bezahlten Löhne zu niedrig, so können das Überbleibende dieses Monats nicht vorher, daß wenigstens unserer Teil der im Monat und Dezember 1906 eine Lohnvermehrung mitteilt wurde, infolgedessen zahlreiche in bedingter Lage sich befindende Arbeiter ihre bestehenden Gehälter nicht annehmen, da ihnen ganz selbstverständlich eine Lohnvermehrung bzw. ein erhöhter Gehalt lieber als eine Unterbringung war.

Es kam jedoch anders. Die Betriebsverwaltung erkannte die Verbesserungsbereitschaft der Löhne im Prinzip an, sollte aber das nötige Geld nicht aus dem Fundus nehmen, so daß die 600 Arbeiter zwar schon Lohnvermehrungen hatten, aber ihren Hunger davon nicht stillen konnten, viel weniger ihre Schulden davon bezahlen. Wie es aber in letzter Beziehung aussah, beweist am besten der Hinweis, daß nach dem Bekanntwerden der Entscheidung der Lohnvermehrung für 1907 sowie der Teuerungsliste eine Fülle von Beschwerden angelegt wurden, denen dadurch bereits sehr hohe Schadenshöhe beizugelegt waren. Bitte des Fonds und der Arbeiterräte offenbar, wie hier sie in anderen Städten trotz der notwendigen Kenntnis der tatsächlichen Arbeiter noch nicht angetroffen haben; andererseits, wie sie nur durch eine fortgesetzte schlechte Bezahlung entstehen können. Gegen 40 bis 45 Beschwerden allein wurden seitens der Betriebsverwaltung angelegt, während etwa 20 bis 25 Beschwerden ohne dieses Ansehen und ungeachtet sein mögen. Kommt man im ganzen etwa 60 bis 70 Beschwerden auf die 600 Arbeiter, so ist diese Zahl wohl wahrhaftig kein Maßstab für Straßburg und um reichliche Illustrationen zu dem haben wird der folgende Text. Der in Straßburg zu finden ist. Dabei ist zu beachten, daß, nachdem nahezu alle Beschwerden des Fonds berücksichtigt werden müssen, das nunmehr noch mancher mehrfache Arbeiter vorhanden ist, der schweigt mit der Zeit ringt und sich nicht dazu verstehen kann, mit Unterbringung nachzugehen, nur wenn andere es verhindern, sich eine Unterbringung zu verschaffen, ohne die erhaltenen Mittel in richtiger Weise auszuwenden. Das letztere ist auch hier vorzunehmen, und muß betont werden, daß die Betriebsverwaltung selbst zum Teil die Schuld daran trägt, die sie jetzt oft Dinge anderen aufzählen laßt. Wie das dem letzten Absatz des § 10 ersichtlich, hat der Arbeiterausschuss des Betriebsrats die Arbeitervorteile beim Stadtparlament, die meisten der meisten Fälle beizulegen, und man alle erkrankt und es ist somit auch ersichtlich, daß sie über die Menge und Beschaffenheit der empfohlenen Arbeiter ziemlich gut unterrichtet waren, etwaige Mängel alle schon von vornherein verhindern können. Anders stand dies bei den Untergangenen, deren Beschaffenheit den Arbeiterber-

dürfte aber manchen aus seinem Sozialdemokratel gelassen haben. Das erste Heft der Zeitschrift war die Aufnahme der Mitglieder in der letzten Zeit. Während im zweiten Quartal 1907 die Mitgliederzahl 25 betrug, stieg dieselbe im dritten Quartal auf 52 und im vierten Quartal auf 65. Medau hat der Arbeiter seinen Bericht. Auch hier ist ein langsames Vorwärts zu verzeichnen. In die Verwaltung wurden die Kollegen Höhn als erster und Adler als zweiter Vorsitzender, Bay als Kassierer, Kriestich als Schriftführer, Drey und August als Revisor und Brandmann sowie Schraggy als Revisor gewählt. In das Vorwort wurden Delegiert Müller und Mayer. — Nachdem Kollege Fehold den Bericht über die Geschäftstätigkeit gegeben, wurden noch verschiedene Anträge im Gaswerk geprüft. Es wurde beschlossen, dem Arbeiterausschuß die Erlaubnis zu erteilen, Kollege Höhn legte den Kollegen aus Herz, mit aller Kraft in diesem Jahre zu arbeiten. Er hoffe und erwarte, daß die Kollegen ihn nach besten Kräften unterstützen, an ihm solle es nicht fehlen.

Rundschau.

Aus dem Reichstage. Politische Angelegenheiten in der Reichsverwaltung kamen bei der zweiten Sitzung des Ministerrats zur Sprache. Legien (Soz.) brachte die Beschlüsse der Arbeitervereine vor. Er wies nach, daß die Arbeitervereine weder mit den Reichsbehörden zusammenhängen, die sie zur wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen heranzuziehen, noch daß deren Mitglieder der Wahlregelungen geneigt sind. Aus der Gegenüberstellung der Zahl der Wahlberechtigten bei den Reichstagswahlen und denen der Arbeiter in ganz Deutschland wies Legien auch nach, wieviel da noch zu helfen ist. Diese Ausführungen wurden nicht ohne Erfolg durch Söberling (Soz.). Er protestierte gegen die Vertretung der Sozialdemokraten in den Arbeitervereinen, die nur so widerwärtiger ist, als die Vertretung der Arbeiter in den Reichstagen. Legien gab nicht auf. — In der Reichsverwaltung der Reichsverwaltung kam es am 11. Januar bei der Verhandlung des Reichstages. Es drehte sich um die Frage, ob die Reichsverwaltung mit den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen über Arbeitsbedingungen verhandeln solle. In der Reichsverwaltung war eine Resolution angenommen worden, die verlangt, daß die Reichsverwaltung nur an solche Firmen Arbeit vergeben dürfe, die in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften innehalten und nicht hinter den Bestimmungen etwaiger bestehender Tarifverträge zurückbleiben. Ferner solle die Reichsverwaltung angewiesen werden, die Einhaltung von Arbeitsbedingungen in den Reichsministerien unter Beachtung der Arbeitervereine vorzunehmen. Aus dem letzten Teile der Resolution war in der Kommission des Reichstages die Resolution nicht angenommen worden. Die Sozialdemokraten beantragte nunmehr, dieses Wort wieder hinzuzufügen. In der Debatte trat sehr Grover (Zentr.) für diesen Antrag ein. Anders sprach v. Kistner (Rechtl.), der darin einen unbedingten Einspruch in die freie Verantwortung zwischen Unternehmer und Arbeiter erblickte. Ledebour (Soz.) verteidigt den sozialdemokratischen Antrag. Zur Vertiefung der Debatte, die allerdings Unheil in dem Antrage hervorrufen, wies Ledebour nach, daß in England seit dem Jahre 1891 das Unterhaus die Sache in Frage gebracht hat, sich die Anerkennung der Trade Union Rates (Gewerkschaften) durch die Regierungsbürokratie, sowie die Verträge, den Unternehmern die Anerkennung dieser Löhne bei Regierungsarbeiten abzusprechen, um Waren der Regierung zu liefern wie bei anderen und der Unternehmern nachzugehen hat. Ledebour sprach sich natürlich nicht nur gegen den sozialdemokratischen Antrag, sondern auch gegen die Behauptung vom Ministerium. Herr Baumgardner (Rechtl.) erklärte wieder in der Reichsverwaltung die Verhandlungen mit den Reichstagen ganz allgemein. Die Sozialdemokraten seien nicht dazu verpflichtet. Zur Vertiefung der in der Kommission gefällten Beschlüsse wurde es zu einem Antrag auf die Sozialdemokratie über, die die Arbeiter nur ins Reich einbringen. Nach gründlicher Überlegung dieses hinsichtlich des Landtages durch Ledebour und die Sozialdemokraten mit der Frage, ob sie sich dem Reichstag, die Arbeitervereine Sozialdemokratie sei an allem schuld. Ihm antwortete Ledebour mit der ihm eigenen Schärfe, die hier ganz angebracht war. — Die Abhandlungen erfolgten, weil notwendig, erst am 1. Februar. Der sozialdemokratische Antrag, unter Arbeitervereinen und Arbeiterorganisationen einzufügen, wurde mit 100 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Die oben erwähnte Resolution wurde mit 213 gegen 67 Stimmen in dieser Kammer angenommen. — Recht interessante Material aber die Resolution der Reichstagskommissionen brachte die Kollegen Stolte, Drey und Ulrich (Soz.) vor, auf die wir hier nur flüchtig hinweisen können, und deren Aufmerksamkeit in der Arbeiterpresse wir nur dringend empfehlen können.

In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ lesst sich der Bericht über die nachfolgenden folgenden Wahlen, Wahlreden und Wahlrechtsdemonstrationen nehmen kein Ende, und

es verläuft, daß man die sechzigjährige Weiblichkeit des Revolutionsjahres von 1848 zu neuen Straßenschritten mit unermüdlichem Eifer ausleben wolle. Bei dieser Gelegenheit mag einer niedlichen Geschichte gedacht werden, die in irgendeiner deutschen Zeitung dieser Tage zu lesen war. Auch in Berlin bräut das revolutionäre Feuer, und, dort comme chez nous (ganz wie bei uns, D. K.), haben sich auch die dortigen Arbeiter bemächtigt gefühlt, in die politische Arena hervorzutreten. Aber man wählt im Text bisweilen recht dreistige Mittel, um seine politische Überzeugung zu bekunden. So verurteilten die perfiden Arbeiter eine Wahlrechtsdemonstration auf eigene Weise, indem sie auf einen öffentlichen Platz zogen und hier furchtbare Selbstzerfetzungen vornahmen, wodurch die Regierung überzeugt werden sollte, daß es den Demonstranten heftiger Ernst mit ihrer Forderung sei. Ob wohl die deutschen Arbeiter und ihre Genossen eines Tages auf dem Berliner Platz das gleiche Mittel anwenden werden? Schaden könnte es vielleicht nicht. Unter den deutschen Unternehmern befinden sich immerhin eine ganze Anzahl, die gleichfalls für die Erlangung eines freien Wahlrechts in Preußen mit Energie eintreten. Wenn diese Herren in ihrem eigenen Organ den obigen Vorschlag lesen, mag wohl so mancher nicht überlaut belächeln, denn Herr Dr. auch die gewünschte „Begehung“ für seine Redaktionsleistung gleich vorzunehmen. Wir für unsere Teil hingegen wünschen dieser männlichen Kuh eine recht lange Tätigkeit, damit in unserer allzu ersten Zeit der Spätsommer nicht fehlt!

Unsere Leipziger Kollegen haben im Dezember 1907 eine Statistik ausgegeben, die leider sehr schwache Beachtung fand. Von 100 ausgegebenen Fragebogen wurden nur 345 ausgefüllt zurückgegeben. Von den zurückgegebenen waren politisch organisiert: 121. Auf die „Leipziger Zeitung“ waren abgemittelt: 211 Artikel. Das Leipziger Arbeiterrecht hatten 77 Mitglieder umschrieben. Es bleibt also in dieser Beziehung noch viel zu tun übrig!

Eine neue „Christliche“ Klauerei. Schon wieder einmal soll ein braver Christlicher in geradezu schamloser Weise verurteilt worden sein. So ist wenigstens nach einem Bericht der „Gewerkschaftszeitung“ in einer Versammlung der „Christlichen“ Kundenzeit des christlichen Hilfsarbeiterverbandes behauptet worden. In der Regelöcherer Gammelfabrik soll einem christlich organisierten Arbeiter „zum Spott“ ein Streik auf seinem Arbeitsfeld gelegt worden sein. Eine ganz besondere Gemeinheit liegt darin, daß dieses Streik von Gammel und Schraggy gebrandet war! Die „Gewerkschaftszeitung“ redet infolgedessen von einem „bedauerlichen Treiben der Genossen“. Was ist nun Wahres an dieser schauerlichen Geschichte? Von dem im Reichstag aufgestellten Freien laßt der überschüssige Gammel ab. Beim Entzünden nimmt er natürlich die Form seiner Unterlage an, und das war unglücklicherweise ein Streik. Zufällig kam nun ein solches Streik mit in den Vulkanischefeld und wurde, nachdem der Brand fertig war, mit dem Streik auf die Seite gelegt, wobei es auf den Boden fiel. Die mit dessen Meinung beauftragte Frau fand beim Zusammenheben des Streikes Gammel und legte es abnungslos auf ihren Tisch, an dem auch der christliche Arbeiter arbeitete. Ein wirklich christlich geheimer Mann hätte nun dieses Streik vielleicht als Klauerei betrachtet, das Gebot der Mitleid nicht zu vergessen. Das Streik lauter: Du sollst nicht falliches Zeugnis geben wider deinen Nächsten. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern schreit aber das Symbol der Christenheit andere Empfindungen auszulösen. Ihnen war das ein Anstoß für ihre geradezu krankhaft abgelagerte Demagogik, und so nahm denn ohne ich weiter nach dem Sachverhalt zu erlangen. — Der christliche Mitarbeiter Gammel das Streik und nun es voll beklagen können in die christliche Versammlung, wo eine ganz unchristliche Entlastungsstudie aufgeführt wurde.

Sturm! Die schon lange drohende Ausperrung in Guben ist zur Tatsache geworden. Der Bezirksarbeiterverband hat das Bauwerk der Arbeiter in Guben dem der Gubener Arbeiterverband angeschlossen ist, hat die Ausperrung schließlich in den Zentralverband organisierten Arbeiter und Zimmerer angedeutet. Diese ist am letzten Montag verfehl geworden. Der Kampf im deutschen Bauwerk ist damit eröffnet. Die Arbeitervereine kämpfen nun, unerschöpfliche Arbeiter und Zimmerer aus anderen Orten, z. B. Berlin, Cottbus, Posen usw., zu Arbeitshilfsdiensten heranzuziehen. Es wird deshalb das Streik der Arbeiter der Arbeitervereine sein müssen, dahin zu wirken, daß Arbeiter, die zu Arbeitshilfsdiensten angeworben werden sollen, aufgeführt und von Guben ferngehalten werden.

Weimarer Markt. Die in Weimar versammelten Vertreter und Mitglieder folgender Vereine: Bund freier Arbeiter Deutschlands, Bund für persönliche Religion, Deutscher Bund für weltliche Schule und Moralunterricht, Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, Deutscher Konsumbund, Freidenkerbund, Freie ethische Gesellschaft Jena, Gubener Bund, Jungdeutscher Arbeiterbund und Markt der freidenkerlichen Vereine Weimars — haben beschlossen, an der Revolutionsfeier folgender Forderungen mit gemeinsamen Kräften zu arbeiten: 1. freie Entfaltung des geistigen Lebens und Abwehr aller Unterdrückung; 2. Trennung von Kirche und Staat; 3. Trennung von Kirche und

Sache. — Eine harte, aber kulturfördernde Arbeit, die allerdings bereits seit Jahrzehnten auch von der deutschen Sozialdemokratie geleistet wird.

Scharfmacherdreistigkeit. Unsere Kollegen in Ludwigshafen haben beim Stadtrat eine Neuregelung des bestehenden Lohntarifs beantragt. Gegen diesen wohlbedachten Antrag hat nun der Arbeiterverband Mannheim-Ludwigshafen in einer Eingabe Stellung genommen. Für die texterisichen Gefühle der Scharfmacher besonders bezeichnend ist die folgende Stelle in dem interessanten Schriftstück. „Wir haben bereits bei verschiedenen Gelegenheiten, u. a. auch anlässlich der A-form des Lohntarifs der städtischen Arbeiter Mannheims ausführlich begründet, eine wie große Gefahr für das geordnete Fortentwicklung der Industrie, für die städtischen Gemeinwesen selbst und für die Arbeiterschaft dieser wie der Industrie darin liegt, wenn Gemeinden sich den Forderungen ihrer Arbeiter gegenüber zu nachgiebig zeigen und wie leicht in solcher Weise die Forderungen der Arbeiter in Industrie und Gemeinden zu einer Schwand ohne Ende sich gestalten werden. Auch wurde die verlorne Umgestaltung des Lohntarifs somit in Ludwigshafen zu Unzufriedenheiten unter den industriellen und gewerblichen Arbeitern führen und diese zur Aufstellung neuer Forderungen veranlassen. Dieser häufigen Beunruhigung und der Verunsicherung der Arbeitsprodukte werden über die Folgen von Nachbrennen und gewerblichen Verlusten schließlich dadurch zu entgehen suchen, daß sie dieselben nicht und mehr noch auswärts beschaffen werden. Der Wagnis der Nachfrage und Gewerbe, an deren Verfall die Stadt Ludwigshafen ein großes wirtschaftliches Interesse hat, wird noch begünstigt werden durch die infolge einseitiger Lohn-erhöhungen der städtischen Arbeiter hervorgerufenen Entwertung der Umlaufgelder, die zusammen mit den Arbeiterlöhnen nicht nur die heimische Industrie zur Klippe bringen, sondern auch verhindern wird, daß eine Umstellung in Richtung einer Weltmarkt-geldentwertung werden nicht beschaffen werden, neue Streitkräfte, werden nach Ludwigshafen nicht zu ziehen. — Den Ludwigshafener Scharfmachern ist schon einmal einmündig der Weg gezeigelt worden. Wir denken, der Stadtrat wenn diese dreiste Ermahnung in innere Verwaltungsmaßnahmen auf das entscheidende zurück."

Einem großen Erfolg haben die Konsumvereine in ihrem Kampf mit dem Warenmarktverband errungen. Am 20. Januar war eine Zusammenkunft der Leiter der Einkaufsvereinigungen in Hamburg anberaumt, in der besonders über die vom Warenmarktverband verursachte Situation beraten werden sollte. Obwohl nahezu überall die Ersatzartikel an Stelle der Warenmarkt-Einkäufe gefunden haben, war es doch nicht ausgeschlossen, daß die Konferenz Beschlüsse fände, die eine Verschärfung des Kampfes bedeuteten. Darauf wollte es der Warenmarktverband nun aber doch nicht ankommen lassen. Er hielt wenige Tage vorher eine Versammlung in Berlin ab und das Resultat dieser Versammlung war ein Schreiben an die Großenhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine und die einzelnen Konsumvereinsverwaltungen, in dem mitgeteilt wurde, daß der Warenmarktverband das Verkaufsverbot über die Großenhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine aufzuheben hat. Damit hat der Verband, den organisierten Konsumvereinen gegenüber, auf die Zurückhaltung seines bedeutendsten Grundgeschäftes: Verkauf der Einzelmitglieder zu den vom Verband festgesetzten Preisen, verzichtet. Die einzelnen Ärmten dürfen wieder an die Großenhandels-Gesellschaft liefern zu den Bedingungen, die ihnen abgetrieben erschienen. Die Großenhandels-Gesellschaft wird natürlich den Ärmten, wenn den Konsumvereinen die Verkaufspreise veranschaulicht werden, nicht unterlassen. Sie verlangt bedingungslose Lieferung, und die Dinge liegen so, daß nur die jetzigen Substanten wenigstens einen Teil ihres früheren Gewinnes wieder machen werden, die sich zur bedingungslosen Lieferung verpflichten. Zwar sind die Unterverbindungen mit den einzelnen Ärmten noch nicht so weit gediehen, daß man wenig, ob sie alle bedingungslos liefern wollen. Aber trotzdem kann man schon heute einen vollen Erfolg der Konsumvereine und ihrer Organisationen im Kampfe gegen die Verteuerungspolitik eines monopolisierten Marktes in der Nahrungsmittelebene hoffen. Ohne die energische Arbeit der Konsumvereine hätten die Verbraucher heute schon die Preisserhöhungen für Warenmarkt.

Volkshochschule Humboldt Akademie Berlin. Es werden sechsstündige gemeinschaftliche Vortragsabende in den späteren Abendstunden und zu der einheitlichen Vorbereitung von 50 St. für die ganze Arbeit veranstaltet. Die ersten beiden Vortragsabende haben sechs Einzelstunden, die dritte drei Doppelstunden. Innerhalb der Vortragsabende wird, unabhängig des inneren Zusammenhanges, jeder Vortrag ein abgeschlossenes Ganzes, so daß er auch einzeln verstanden werden kann. Die Vortragsabende beginnen am 6. Februar und schließen am 12. März. Zu den Vorträgen der ersten Woche ist der Zutritt für alle Personen über 16 Jahre frei. Von der zweiten Woche ab ist eine Quotenkarte für die betreffende Vortragsreihe erforderlich. Die Karten werden an Herren und Damen ausschließlich im Bureau Th. Knoblich Buchhandlung, N.O., Landsbergerstr. 32, bis 7 Uhr abends ausgeben. Es werden sprechen: 1. Dr. Maximilian Kunze über:

„Joh. Gottl. Fichte“, Donnerstags 8-9 Uhr; 2. Dr. Maximilian Kunze über: „Die philosophische Grundidee in Goethes Faust“, Donnerstag 9-10 Uhr; 3. Dr. O. Stillrich über: „Geld- und Volkswirtschaft“, Mittwochs 8¹/₂-10 Uhr. Wir können den Kollegen den Besuch dieser Vorträge nur empfehlen.

Der Stand der Leipziger Gewerkschaftsbewegung. Nach einem Artikel der „Leipz. Volksztg.“ zählten die Leipziger Gewerkschaften (die dem Leipziger Gewerkschaftskartell angeschlossen) am Schlusse des Jahres 1907 59314 Mitglieder, darunter 5700 weibliche. Die numerisch stärkste Organisation sind auch in Leipzig die Metallarbeiter: 11759, die kleinste die der Handschuhmacher, die 17 Mitglieder zählte. Im Jahre 1897 zählten die Leipziger Gewerkschaften 11288 Mitglieder, im folgenden Jahre 16674, dann 20120, dann 25211. Nun aber kam das Krisenjahr 1901 und am Schlusse desselben setzte sich, daß die Mitgliederzahl auf 23407 gesunken war. Schon im nächsten Jahre geht es aber wieder aufwärts auf 25536 Mitglieder, dann sogar auf 36006 und weiter auf 42664, auf 48737, auf 54303 und jetzt auf 59314. — Ein schöner Aufstieg.

Briefkasten.

Infolge des gewaltigen Stoffandranges mußte eine Reihe von Artikeln zurückgeschickt werden. K. L. Weitz. Die Widrigkeit war aus gleichem Grunde nur mit erheblicher Kürzung möglich. Also bitte etwas Nachsicht. Behlen Georg G. D.

Cotenliste des Verbandes.

August Kieselow, Berlin 22. Januar 1908 im Alter von 31 Jahren.	Rudolf Lück, Dresden 27. Januar 1908 im Alter von 61 Jahren. (Tiefbau)
Friedrich Harms, Lüneburg 24. Januar 1908 im Alter von 44 Jahren.	Konrad Heinrich, Rixdorf 27. Januar 1908 im Alter von 38 Jahren.
Wilhelm Kranig, Berlin 26. Januar 1908 im Alter von 57 Jahren.	Friedrich Draub, Heilbronn 29. Januar 1908 im Alter von 65 Jahren.
Karl Schölschel, Berlin 31. Januar 1908 im Alter von 15 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	

Ein Bureaubeamter

wird auf Verlaß der Generalversammlung vom 20. Januar d. J. baldmöglichst in der Filiale Groß Berlin angestellt. Bewerber, die schriftgewandt und rednerisch ausgestattet sein müssen, wollen ihre selbstgeschriebene Biografie, der ein kurzer Lebenslauf beizufügen ist, bis zum **15. Februar** erreichen. Verbandskollegen werden — sofern für den Posten ausreißend geeignet — bevorzugt.

Erbsverwalter der Filiale Groß Berlin
SW 13, Alte Jakobstr. 115.
Emil Buchly, Bevollmächtigter.

Gemeindearbeiter der Filiale Kiel.

Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 2 Uhr im **Gewerkschaftshaus** statt.

Sektion der Straßenreinigung:

Versammlung jeden vierten Sonntag im Monat, nachmittags 1 Uhr im **Gewerkschaftshaus**.

Sektion der Licht- und Wasserwerke:

Versammlung jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8¹/₂ Uhr im **Gewerkschaftshaus**.

Der Vorstand.

Verlag: In Vertretung der Verbandsverwaltung und Einzelmitglieder Hermann Buchhandlung, Berlin, N.O., Landsbergerstr. 32, bis 7 Uhr abends ausgeben. Es werden sprechen: 1. Dr. Maximilian Kunze über: